

Pressemitteilung

Anlässlich des Pressegesprächs vor der Gesundheitsministerkonferenz 2025

„Wenn wir gemeinsam entschlossen handeln, können wir drohende Engpässe noch abwenden.“

Aktuelle Forderungen des Deutschen Pflegerates an die neue Bundesregierung

Berlin, 10. Juni 2025 – Am Vortag der Haupt-Gesundheitsministerkonferenz (GMK) 2025 hebt Christine Vogler, die Präsidentin des Deutschen Pflegerates e.V. (DPR), die Chancen für einen gemeinsamen Aufbruch mit der neuen Bundesregierung hervor und betont gegenüber der thüringischen Gesundheitsministerin und Vorsitzenden der GMK Katharina Schenk, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern Voraussetzung für eine zukunftssichere Pflege ist.

Der Deutsche Pflegerat steht bereit, gemeinsam mit Bund und Ländern Verantwortung für eine starke, moderne und verlässliche Pflege zu übernehmen – das war die Botschaft von Christine Vogler für Katharina Schenk, die Länder und die neue Bundesregierung im Pressegespräch bevor sich die Gesundheitsminister:innen und Gesundheitssenator:innen der Länder vom 11. bis 12. Juni in Weimar über gesundheitspolitische Herausforderungen austauschen.

Die Präsidentin des DPR wertete die Äußerungen der neuen Bundesgesundheitsministerin Nina Warken, die Eigenständigkeit, Eigenverantwortung und Kompetenzen der Gesundheitsberufe stärken zu wollen, als ein kraftvolles und ermutigendes Signal für die Pflegeprofession. „Diese Haltung ist richtig und wichtig. Sie knüpft an viele Forderungen der Pflegeprofession an und bietet eine echte Chance für einen gemeinsamen Aufbruch. Wir müssen jetzt gemeinsam entschlossen handeln, um drohende Engpässe noch abwenden zu können und Strukturen zu schaffen, die dauerhaft tragen“, so Christine Vogler. Der DPR begrüßte auch, dass der Koalitionsvertrag zentrale Reformvorhaben aufgreift: das Pflegekompetenzgesetz, das Pflegeassistentengesetz und die Einführung der Advanced Practice Nurse. Aus Sicht des DPR müssen diese Gesetzesinitiativen, für die es bereits aufzugreifende Vorarbeiten gibt, noch dieses Jahr im parlamentarischen Verfahren verabschiedet werden.

Es braucht gemeinsame Umsetzung mit den Ländern

Damit die Gesetze ihre Wirkung entfalten können, müssten vor allem die Länder konsequent bei der Umsetzung in der Bildung, der Finanzierung, der Etablierung neuer Versorgungsmodelle und bei der Anerkennung neuer Berufsbilder mitwirken. Der Deutsche Pflegerat sieht die im Koalitionsvertrag angekündigte Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Pflegereform als geeignetes Instrument, um Lösungen gemeinsam zu erarbeiten. Christine Vogler betonte: „Wichtig ist, dass die Pflegeprofession darin strukturell eingebunden wird. Der Deutsche Pflegerat steht bereit, diesen Reformprozess konstruktiv und kompetent zu begleiten.“

Blick auf die Gesundheitsministerkonferenz 2025

Die GMK 2025 ist für den DPR ein wichtiger Moment für ein gemeinsames Bekenntnis zur Stärkung der Pflegeprofession und für echte Mitgestaltungsmöglichkeiten. Christine Vogler gab der Vorsitzenden der GMK Katharina Schenk vier Bitten nach Weimar mit: „Binden Sie die Pflegeprofession strukturell in die geplante Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Pflege ein. Nutzen Sie BAPID II als bundesweiten Bildungsreferenzrahmen, auch

zur Entlastung der Pflegeprofession. Stärken Sie Pflegekammern dort, wo sie bestehen oder entstehen. Und unterstützen Sie die Verstärkung der finanziellen Förderung des Deutschen Pflegerates durch den Deutschen Bundestag über das Jahr 2025 hinaus."

Die Thüringer Gesundheitsministerin und aktuelle GMK-Vorsitzende Katharina Schenk betont: „Die Pflege ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Gesundheitssystems, umso wichtiger ist es, sie zukunftssicher zu gestalten – nicht nur in den ländlichen Räumen, sondern auch in den Städten. Ich bin dankbar für die Hinweise des Deutschen Pflegerates und ich weiß, dass Bund und Länder bereits in verschiedenen Arbeitsgruppen sehr konstruktiv zusammenarbeiten. Ich stimme zu, dass die Gesetzgebungsprozesse zur Pflegekompetenz, Pflegeassistenz und zur Einführung der ‚Advanced Practice Nurse‘, nachdem sie teilweise der Diskontinuität verfallen sind, zügig wieder aufgenommen beziehungsweise auf den Weg gebracht werden müssen. Die Länder hatten zahlreiche Änderungsanträge in den Ausschüssen des Bundesrats eingebracht und unterstützen auch weiter fachlich in den entsprechenden Gremien und Arbeitsgruppen. Die Zusammenarbeit zwischen allen Berufsgruppen zu stärken, ist ein wesentliches Ziel, um Pflege als das zu begreifen, was sie ist: eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Das vollständige Statement des DPR mit den Forderungen stehen auf der [Website des Deutschen Pflegerates](#) zur Verfügung.

Pressekontakt

Pressebüro Deutscher Pflege
c/o neues handeln AG
Johanna Stock
Potsdamer Straße 87 | 10785 Berlin
Mobil: +49 176 13338 059
E-Mail: deutscher-pflegetag@neueshandeln.de
www.deutscher-pflegetag.de

Über den Deutschen Pflegerat e.V. (DPR)

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 22 Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens vertritt der Deutsche Pflegerat die insgesamt 1,7 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessensvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerates. Präsidentin des Deutschen Pflegerates ist Christine Vogler. Vize-Präsidentinnen sind Jana Luntz und Pascale Hilberger-Kirlum.

Website: www.deutscher-pflegerat.de